

Otto Glöckel und die Wiener Schulreform der Ersten Republik

Friederike Kraus

Im gesamtgesellschaftlichen Reformprogramm des Roten Wien nahm die Wiener Schulreform eine hervorragende Stellung ein. Die Reformer, allen voran Otto Glöckel und Alfred Adler, forderten eine „großzügige, umfassende, lückenlose Schulreform“, aber eine langfristige, österreichweite Entwicklung war ihnen versagt. Das Rote Wien jedoch wurde zu einer Moderschulstadt, die in ganz Europa und in den USA Aufsehen erregte.

Der 1874 im niederösterreichischen Pottendorf geborene Otto Glöckel besuchte das Landeslehrerseminar in Wiener Neustadt und arbeitete bereits im Alter von neunzehn Jahren als Unterlehrer an einer Wiener Vorstadtschule. Dort erlebte er hautnah das Elend der Arbeiterkinder und schloss sich dem sozialdemokratischen Lehrerverein „Die Jungen“ an, der eine grundlegende Umgestaltung des Schulwesens forderte, weshalb Glöckel 1897 von Bürgermeister Karl Lueger unter dem Vorwurf des politischen Radikalismus aus dem Schuldienst entlassen wurde. Er war 1905 Gründungsmitglied des Vereins „Freie Schule“ - die nachmaligen Kinderfreunde -, für den er gemeinsam mit dem späteren Wiener Bürgermeister Karl Seitz ein reformatorisches Schulprogramm ausarbeitete. Ab 1907 war Glöckel Reichstagsabgeordneter. Eines seiner Hauptanliegen war die Trennung von Schule und Kirche, die schon im Reichsvolksschulgesetz von 1869 postuliert worden war.

Dieses hatte eine entscheidende Veränderung des josephinischen Schulwesens gebracht. Die Aufsicht über öffentliche Schulen war dem Staat übertragen, der Kirche, außer im Schulfach Religion, der Einfluss auf den Unterricht untersagt worden. Die Klassengröße war auf 80 (!) Schüler begrenzt, die Unterrichtspflicht von sechs auf acht Jahre Volksschule, mit der Möglichkeit davon drei Jahre Bürgerschule zu absolvieren, verlängert worden. Der Widerstand der Kirche hatte 1883 zu einer Novellierung und durch weitere Verordnungen zur Aushöhlung des Gesetzes geführt, seit 1905 war die Teilnahme am Religionsunterricht und am sonntäglichen Gottesdienst für Schüler unter Strafandrohung wieder verpflichtend.

Nach den Wahlen im Februar 1919 und der Bildung einer Koalitionsregierung wurde Otto Glöckel Unterstaatssekretär für Unterricht im Innenministerium – ein eigenes Unterrichtsministerium wurde erst 1923 geschaffen. Er richtete eine Reformabteilung ein, die er nach fachlichen Gesichtspunkten besetzte. Da der für Schulgesetze nötige Konsens zwischen Bund und Ländern nicht erzielbar war, hatte Glöckel nur einen geringen Spielraum, in dem er mit Erläsen und Schulversuchen agieren konnte. In einer seiner ersten Maßnahmen, dem sogenannten „Glöckel-Erlass“ vom April 1919, wurde der Zwang zum Schulgebet und zum Religionsunterricht abgeschafft.

Nach dem Scheitern der Koalition und den Wahlen im Oktober 1920 waren die Sozialdemokraten nicht mehr in der Regierung vertreten, hatten jedoch in Wien bis zu ihrem Verbot 1934 die absolute Mandatsmehrheit. Ab 1922 hatte Wien als Bundesland eine eigene Landesschulbehörde, den Stadtschulrat, als dessen Präsident Otto Glöckel, der bis 1934 auch Nationalratsabgeordneter war, die bereits in der Bundesregierung begonnene Durchführung eines breit angelegten Versuchsschulwesens fortsetzte. Dieses schloss Schüler, Lehrer und Eltern ein. Elternvereine und Schülervvertretungen sollten an der Gestaltung der Schule mitbeteiligt sein.

Die wichtigsten Punkte der Schulreform waren für die Volksschule Arbeitsunterricht, Bodenständigkeit und Gesamtunterricht. Man wollte die bisherige „Drillschule“ durch die „Arbeitschule“ ablösen, wo der Schüler selbständig entscheiden konnte, wie er sein Lernziel erreichen würde. Der Unterrichtsstoff sollte nicht lebensfremd sein, sondern aus der unmittelbaren Umgebung der Kinder entnommen werden. Anhand eines übergeordneten Themas würden Sachzusammenhänge aufgezeigt und die zu erlernenden Fertigkeiten wie lesen, rechnen, schreiben und zeichnen geübt werden.

Glöckel und seine Mitarbeiter hielten die Einheitsschule, eine gemeinsame Schule bis zum vierzehnten Lebensjahr, für unumgänglich. Erst dann sollte entschieden werden, ob die Schule beendet oder eine Gymnasialausbildung und damit die Möglichkeit eines Universitätsstudiums absolviert würde. Eine Entscheidung für Volks- oder Bürgerschule mit zehn Jahren versperrte den Weg zu einer höheren Ausbildung, da ein Übertritt nicht möglich war. Dem Argument der Gegner, dass das allgemeine Bildungsniveau sinken würde, trat man mit dem Hinweis auf geplante Differenzierungen entgegen. In den Hauptfächern sollten die Schüler in zwei Klassenzüge eingeteilt werden, der erste Klassenzug musste Gymnasiumniveau erreichen. Zwei Varianten, die „Allgemeine Mittelschule“ und die „Deutsche Mittelschule“, standen zur Wahl. In jener war das Erlernen einer lebenden Fremdsprache verpflichtend, während in dieser die deutsche Sprache in den Mittelpunkt gestellt und die Förderung einer nationalen, deutschen Gesinnung vorgeschrieben wurde. Die Reformer bevorzugten diese Variante, sprachen sich aber gegen einen „einseitigen und beschränkten Nationalismus“ aus. Für besonders Begabte entstanden Bundeserziehungsanstalten, die aus den Kadettenschulen hervorgingen.

Im Schuljahr 1922/23 begannen die Schulversuche an sechs Wiener Bürgerschulen. Unterrichtet wurde sowohl von Mittelschul- als auch von Pflichtschullehrern, wobei letztere die Neuerungen mit Begeisterung unterstützten, da sie aus ihrer bisherigen subalternen Stellung befreit wurden. Eine besondere Rolle bei der Vorbereitung der jungen Lehrer spielte das 1923 eröffnete Pädagogische Institut, wo neben anderen die Psychologen Karl und Charlotte Bühler, der Schöpfer der Individualpsychologie Alfred Adler, Anna Freud und der Jurist Hans Kelsen unterrichteten. Fachleute aus der ganzen Welt, besonders aus Deutschland und den USA, kamen nach Wien, um in den Versuchsanstalten zu hospitieren.

Das Unterrichtsamt beschränkte die Reformtätigkeit in Wien durch Erlässe und Verordnungen, Otto Glöckel musste sich schließlich zu Kompromissen bereit erklären. 1926 wurde ein neuer, die Reformen wenig berücksichtigender Volksschullehrplan, 1927 eine Bürgerschulnovelle und ein Mittelschulgesetz verabschiedet. Die Bürgerschule wurde durch eine vierjährige Hauptschule mit zwei Klassenzügen ersetzt. Eine Übertrittsmöglichkeit in die in ihren traditionellen Formen verbleibenden Mittelschulen und Gymnasien wurde gesetzlich vorgeschrieben und war die einzige der Reformen, die von dem großen Werk übrigblieb. Die Schulversuche liefen aus, 1933 wurde das Schulwesen wieder konfessionalisiert.

1934 wurde Otto Glöckel verhaftet und in das Anhaltelager Wöllersdorf verbracht. Nach seiner Freilassung starb er im Juli 1935 in Wien. An ihn erinnern eine Gedenktafel an seinem Wohnhaus im 12. Bezirk und am Palais Epstein, dem ehemaligen Sitz des Stadtschulrates, der Name einer Gasse im 22. sowie der Name einer Schule im 13. Wiener Gemeindebezirk. Der gesellschaftspolitische Konflikt um die Einheitsschule ist bis heute nicht beigelegt.